

### Presseverlautbarung

## **Außenbeziehungen liegen ausschließlich im Verantwortungsbereich eines Staates, denn allein der Staat hat das Recht, die Angelegenheiten der Umma praktisch zu betreuen!**

(Übersetzt)

Einige Medienanstalten berichteten, dass eine Delegation der Allianz der Parteien und Bewegungen des Ostsudan, angeführt von Scheiba Dirar und begleitet von einer Gruppe von Notabeln, am Samstag, dem 2. August 2025, den eritreischen Präsidenten Isaias Afwerki in seinem Büro in Adi Halo traf. Dort erörterte die Delegation mit ihm die aktuelle Lage im Sudan im Allgemeinen, mit einem besonderen Fokus auf die Herausforderungen, denen die Region des Ostsudan gegenübersteht. Die Delegation betonte auch die Bedeutung der Koordination mit den Nachbarländern, um die Stabilität des Landes zu unterstützen und politischen sowie sicherheitspolitischen Krisen zu begegnen.

Hat die Schwäche und Demütigung der sudanesischen Regierung bereits solch ein Ausmaß erreicht? Oder versucht sie lediglich, das Volk dahingehend zu konditionieren, diese verzerrten Bilder aus einem Hintergedanken heraus zu akzeptieren? Zu diesen Bildern gehört auch die Ausbildung von Milizen mit regionaler oder stammesbezogener Loyalität in Eritrea!

Das Chaos, das von der sudanesischen Regierung politisch wie militärisch gefördert wird – einschließlich der Zunahme rassistischer Rhetorik in politischen Kreisen –, dient dem Plan der Vereinigten Staaten, den Sudan in mehrere, kleine Staaten aufzuspalten: zuerst Darfur, dann der Ostsudan!

Die sudanische Regierung muss zur Besinnung kommen und aufhören, mit dem Feuer zu spielen, ehe sie sich verbrennt. Denn gegenwärtig befindet sie sich auf dem schrecklichen Wege dahin, auch den letzten Rest dessen, was von der „Einheit“ des Landes noch übrig ist, aufzugeben. Das ist ein gewaltiger Verrat! Stoppt diese politischen Handlungen, die auf Aufgabe der Einheit des Landes abzielen! Stoppt die andauernde Schaffung weiterer lokaler Milizen oder solcher, die zur Ausbildung mit ausländischen Mächten in Verbindung stehen!

Was die Angelegenheit der Bürger des Islamischen Staates betrifft – was von ihnen verlangt wird und was ihnen zusteht – und ihre Beziehung zu ausländischen Staaten, so ist dies eine Angelegenheit, die von der Scharia geregelt wird. Der Islam hat hierzu eine klare Haltung: Es ist der Bevölkerung nicht gestattet, die Pflichten eines Regenten zu übernehmen, weder im Inneren noch im Äußeren, außer durch eine rechtmäßige Ernennung, wie die

Ernennung des Kalifen der Muslime, denn er ist derjenige, der für die Wahrnehmung der Angelegenheiten seiner Bürger im Inneren wie im Äußeren verantwortlich ist. Der Prophet (s) sagte:

«فَالِّمَامُ الَّذِي عَلَى النَّاسِ رَاعٍ وَهُوَ مَسْئُولٌ عَنْ رَعِيَّتِهِ...»

„Der Imām, der den Menschen vorsteht, ist ein Hirte und er ist für seine Herde verantwortlich...“

Oder durch jene, die der Kalif (des Kalifats) ernennt, wie Assistenten, Gouverneure und andere.

Wenn das rechtgeleitete Kalifat bald schon, so Allah will, wiedererrichtet wird, wird es niemandem gestattet sein, sich mit ausländischen Staatschefs zu treffen oder irgendeine Beziehung zu einem ausländischen Staat zu unterhalten. Im Verfassungsentwurf für den Kalifatsstaat, den Hizb-ut-Tahrir ausgearbeitet und der Umma präsentiert hat, wurde in Artikel 182 festgehalten: „*Es ist absolut keinem Individuum, keiner Partei, keiner Blockbildung oder Gruppierung gestattet, mit irgendeinem fremden Staat Beziehungen zu unterhalten. Die Beziehung zu anderen Staaten ist auf den Staat allein begrenzt, weil er allein das Recht hat, die Angelegenheiten der Umma praktisch zu betreuen. Es ist die Pflicht der Umma und der Blockbildungen, den Staat für diese Außenbeziehungen zur Rechenschaft zu ziehen.*“

**O Volk des Sudan!** Ist das, wozu wir euch aufrufen, nicht besser als das Elend, in dem ihr euch derzeit befindet? Ist es nicht an der Zeit für euch, mit Hizb-ut-Tahrir – dem Lotsen, der sein Volk nicht belügt – zusammenzuarbeiten, hin zur Errichtung des zweiten rechtgeleiteten Kalifats gemäß dem Plan des Prophetentums? Einzig der Kalifatsstaat ist imstande, seine Einheit und Würde zu wahren. Er wird keinem ausländischen Staat gestatten, sich in seine Angelegenheiten einzumischen oder Kommunikationslinien mit seinen Bürgern zu eröffnen. Denn dies ist ein schwerwiegendes Verbrechen und eine Gefahr für seine Existenz.

﴿يَأَيُّهَا الَّذِينَ ءامَنُوا أَسْتَحِبُّوْلِلَهِ وَلِلرَّسُولِ إِذَا دَعَاكُمْ وَأَعْلَمُوْا أَنَّ اللَّهَ يَحُولُ بَيْنَ الْمُرْءَ وَقَلْبِهِ وَأَنَّهُ إِلَيْهِ تُخْشِرُونَ﴾

**O die ihr glaubt, leistet Allah und dem Gesandten Folge, wenn er euch zu dem aufruft, was euch Leben gibt. Und wisset, dass Allah zwischen dem Menschen und seinem Herzen trennt und dass ihr zu Ihm versammelt werdet!** (8:24)

**Ibrahim Uthman (Abu Khalil)**

**Mediensprecher von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Sudan**